

Volkswacht

Ungelegenheitspreis: Die neungelagerte Kolonialzeitung 20 Pf. Anfertigung für Anzeigen 50 Pf. Arbeitmarkt und Wohnungsmarkt 10 Pf. Die ultrapalatinen Reklamazeile 1.00 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Danzig durch unsere Vertriebsstellen monatlich 1.40 Pf. vierteljährlich 4.20 Pf. Durch die Post bezogen außerhalb Danzigs monatlich 1.60 Pf. Postfach Danzig Nr. 243.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 27

Danzig, Montag, den 3. Februar 1919

10. Jahrgang

Ein beschleunigter Friedensabschluss ist zu erwarten.

An unsere Leser!

Infolge Ausbleibens unserer Papierfundungen sind wir leider gezwungen, für heute zweifelhafte zu erscheinen. Auch war es erforderlich, um den notwendigen Platz zu schaffen, einige Inserate zurückzustellen. Es besteht begründete Aussicht, daß wir bereits morgen wieder im üblichen Umfang herauskommen.

Redaktion und Verlag.

Die Räte.

Bremen, 1. Febr. Der Vorsitzende des 9. Armeekorps Pool teilt mit: Falls Noack nicht sofort die Truppen vor Bremen zurückzieht, wird das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht und außerdem die ganze Arbeiterkraft aufgerufen, gegen die Regierung zu ziehen. Als Verhandlungsbasis stellt er die Rat der Volksbeauftragten und die Arbeiterkraft an Regiment Nr. 75, Regiment Nr. 76 übernimmt die Sicherheit in Bremen. Der Rat der Volksbeauftragten hat für Ruhe und Ordnung und bildet in Bremen keine Regierungstruppen.

Hamburg, 1. Febr. (W. Z. N.) Der große Arbeiterrat von Hamburg nahm mit 292 gegen 208 Stimmen eine Entschließung Dr. Kauffmanns an, in der er sich mit der Bremer Arbeiterkraft solidarisiert erklärt und daß vom hiesigen Soldatenrat an die Reichsregierung eine solche Ultimatum beträufelt und unterstellt, die auf Bremen vorkommende Division sofort zurückziehen. Der große Arbeiterrat erwartet vom dem Soldatenrat des 9. Armeekorps, daß er unverzüglich alle durch die Umstände gebotenen militärischen Maßnahmen ergreift.

Zweifelslos hat sich anlässlich des Nahens der Nationalversammlung mancher A- und S-Räte eine gewisse Nervosität bemerkt. Sie wissen nicht mehr recht, woran sie sind, und sie fürchten, daß ihrer Tätigkeit rasch ein Ende gesetzt werden könnte. Für sie aber ist das jetzt Erreichte etwas, was man mit beiden Händen festhalten muß. Wesentliche Stellung, Ansehen, soziale Erhöhung. Viele Leute sind es nun, die sich fragen: Wenn durch die Nationalversammlung die Räte auf den Beschluß gesetzt werden, was wird dann aus uns?

So die Stimmungen sind, wie hat in Bremen und Hamburg die Sozialdemokratie in mehr oder weniger Weise aus. Daß die Errungenschaft der Revolution in der Schaffung einer geordneten Demokratie besteht, die uns den Weg zum Sozialismus öffnet, will sie durchaus nicht zugeben. Die einzige Errungenschaft der Revolution ist für sie die Einrichtung der A- und S-Räte, und es ist nicht begründet, wenn sich mancher in der Arbeiterbewegung unerfahrene Mann, der sich plötzlich als A- oder S-Rat wiederfinden hat, ihr darin anheimelt. Wie aber denken die breiten Arbeitermassen? Sie sind von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten im Geiste der Demokratie politisch geformt worden, und sie haben ihre Reife bewiesen, indem sie sich am 19. Januar mit sechs Zehntel Mehrheit zur alten Sozialdemokratie gegen die neue bolschewistische Weltlehre bekannten. Mit derselben Mehrheit ja sogar mit einer noch größeren, mit 400 gegen 30 Stimmen, hat der Reichsausschuss der A- und S-Räte letzteren beschlossen, die Zahlen zur Nationalversammlung so früh wie möglich festzulegen zu lassen, und es bliebe die 400 Stimmen, welche man annehmen, sie seien sich über die Tragweite ihres eigenen Beschlusses nicht im klaren gewesen.

Die Nationalversammlung ist doch nicht gleich im Späth Herbst werden. Sie ist die berufene Vertreterin des deutschen Volkes, und von dem Augenblick an, in dem sie zusammentritt, ist sie die höchste Autorität im Lande. Sie kann die Minister ernennen oder sie auch behalten, sie wird die Verfassung der Deutschen Republik beschließen und nötige Gesetze erlassen, sie wird auch die Frage der Kommandogewalt regeln, und sie wird schließlich bestimmen, welche Rolle der bisherigen A- und S-Räten zufallen soll. Natürlich haben wir das Recht, ihre Befugnisse durch den Ausdruck unserer Meinungen zu beschränken, aber wir haben das Recht, sie durch Pression zu erzwängen oder zu bestimmten Beschlüssen zu zwingen oder sie zu beschließen und gewalttätig zu widerlegen. Die Berliner Nationalversammlung hat den Generalstreik angefordert, noch im Februar einen Rätekongress der deutschen Arbeiter zu einberufen, der zur Nationalversammlung und zu dem Entwurf der neuen Verfassung Stellung zu nehmen und über die weitere Wirkung und die rechtliche Stellung der A- und S-Räte zu entscheiden hat. Es ist dahin, ob der Zentralrat dieser Aufforderung, von den A- und S-Räten einzeln oder in ihrer Gesamtheit, keine Antwort wird. Auf keinen Fall kann ein solcher Kongress über die tatsächliche Stellung der A- und S-Räte entscheiden, denn diese Entscheidung liegt einzig und allein

der Nationalversammlung zu. Das Volk, die einzige Autorität in der Republik, hat seine Macht nicht auf seine gewählten Vertreter übertragen, und diese allein sind es nun, die politische Macht verteilten können.

Eine Verdrängung dieses klaren Sachverhalts wäre untragbar, und kein Sozialdemokrat darf ihn unterlassen. Nur manchen mag folgerichtig ein inneres Opfer bedeuten, aber dieses zu bringen ist er der Sache des arbeitenden Volkes schuldig. Mehr als jede andere fordert diese Zeit starke demokratische Selbstdisziplin, und kein Sozialdemokrat, der seinen Namen verdient, wird sich von der Spontankraft des Augenblicks leiten lassen, keine von der eigenen Partei in den Rücken fallen!

Waffenstillstand.

Bremen, 2. Febr. (W. Z. N.) Zwischen der Zivilian Vertretung und der Regierung von Bremen ist am Sonntag nachts 12 Uhr Waffenstillstand beschlossen worden. Inzwischen werden mit Berlin Verhandlungen gepflogen werden.

Ein Protest.

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften erhebt den nachstehenden Protest: Die Konferenz der Vorstandsvorsteher erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages entgegen allen Grundätzen des Völkerrechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden. Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz erhebt die gewerkschaftlichen Delegationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Durchsetzung dieser unabweisbaren Maßnahme geltend zu machen.

60 deutsche Kriegsgefangene verunglückt.

Paris, 1. Febr. (Meuter.) Ein Munitionswagen explodierte heute nachmittags zwischen Valenciennes und Vervins. 60 deutsche Kriegsgefangene, drei französische Soldaten und ein amerikanischer Soldat wurden getötet. Zahlreiche Verwundete sind verwundet. Das Unglück ereignete sich infolge der Unachtsamkeit eines Soldaten, der eine Granate fallen ließ.

Diese Katastrophe lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf das unglückliche Los der deutschen Kriegsgefangenen, deren Anzahl Millionen untere Volksgenossen in Sorge und Schmerz entgegenbringt. Möge die internationale Sozialistenkonferenz in Bern, auf der unsere Gewerkschaften anerkennenswerter Weise für unsere Kriegsgefangenen eintreten, der Forderung der Menschlichkeit Bahn brechen!

Beschleunigter Frieden?

Sollendichs Newsbureau meldet aus Paris: Um die Tätigkeit der Konferenz abzuklären, sind die Mächte übereingekommen, alle Probleme, die weniger wichtig sind, dem Völkerbund zu überlassen. Die überfall in der Welt vorhandene Sehnsucht, den Friedensvertrag zu beschleunigen, hat diesen Einfluß auf die Gewisse der beteiligten Nationen gehabt, die ihre Ziele möglichst schnell verwirklichen wollen. Daß die Konferenz selbst alle großen und kleinen Fragen erledigen sollte, so würde sie hierzu mindestens ein Jahr benötigen. Während dieser Zeit müßten die aktiveren Streitkräfte unter den Waffen bleiben. Die Demobilisation würde verzögert, der wirtschaftliche Wiederaufbau auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben und die Welt würde in einem Zustand von Unordnung verbleiben. Der unwiderstehliche Drang von allen Seiten, soviel wie möglich Verhandlungen zu vermeiden, hat nun bewirkt, daß die Großmächte zu dem Entschlusse gekommen sind, vorläufig alle Angelegenheiten ruhen zu lassen, die nicht von aktueller Bedeutung sind.

Clemenceaus Einfluß schwächtet. Am Berliner Tagblatt wird über Pariser Stimmungen berichtet und dabei angeführt, die französische Presse könne nicht umhin, mit Bedauern festzustellen, daß die Zeitung der Pariser Konferenz den Händen Frankreichs immer mehr entleitet.

Clough George und Wilson bleiben. Das Neue Wiener Journal meldet aus Paris: In Anbetracht der Wichtigkeit der gegenwärtigen von der Friedenskonferenz behandelten Probleme soll sich Clough George entschlossen haben, Paris nicht zu verlassen. Auch Wilson bleibt nach den neutralen Aussagen infolge der im Entschlusse begriffenen Schwierigkeiten auf der Konferenz, und der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen vorläufig in Europa.

Der Völkerbund. Die Delegierten der Völkerbundvereine der allerersten Länder haben einstimmig einen gemeinsamen Organisationsentwurf angenommen, in dem es u. a. heißt: Die Versammlung fordert die baldige Bildung eines Bundes der freien Völker, die sich vereinigen und in dem gleichen Absehen über das Ver-

brechen, daß die Autokratie während vier Jahren über die Welt entsetzte, die entschlossen sind, nicht mehr zu dulden, daß der Krieg von neuem die Menschheit mit seinen Verheerungen bedrohe, und die endlich gewillt sind, sich zu verständigen und zu organisierten.

„Humanität“ gegen den Haß der deutschen Kolonien. Das Pariser Blatt „Humanität“ verlangt, daß man, da man doch einen Nechtsfrieden schließen wolle, die Kolonien den Deutschen lassen müsse.

Die Internationale tagt!

Pariserische Stimmung. Aus Bern wird den A. P. N. gemeldet, daß der Internationale Sozialistenkongress am Montag vormittag 10 Uhr eröffnet werden wird. Die englischen und französischen Delegierten sind eingetroffen, und die bisherigen Vorgesprächen zwischen den deutschen Reichssozialisten und den Vertretern der Independent Labour Party und der Confédération Générale du Travail sind sehr befriedigend verlaufen und haben allerseits einen vorläufigen Einverständnis zum Ausdruck gebracht. Die deutschen Sozialisten werden wegen der Zurückhaltung des Sozialdemokraten und des Sozialistenrechts sehr viel kritischer angesehen als zuvor. Es wurden drei Kommissionen ernannt, die Vorschläge für den Völkerbund, für die territorialen Fragen und die internationale Arbeiterkongressfrage auszuarbeiten haben. Diese Delegationen treten morgen zusammen.

Es sind gute Nachrichten, die aus Bern kommen. Wenn man bedenkt, daß gleichzeitig Meldungen aus Paris kommen, daß mehrere französische Sozialisten in 800 Versammlungen gegen jeden Gewaltfrieden und für beschleunigten Friedensschluß demonstrierten, wenn man weiter an anderer Stelle des Blattes liest, daß die „Humanität“ die Rückgabe der Kolonien an Deutschland fordert, so darf man annehmen, daß die Friedensfrage vom Berner Kongress nach Paris hinüberwird und uns das baldige Ende des Krieges bringen wird.

Eines aber ist unbedingt Voraussetzung, wenn das gelingen soll: daß wir in Deutschland Ordnung halten und daß bei uns dabei eine gewisse Produktion wieder in Gang kommt. Dadurch allein kann die Position unserer Gewerkschaften in Bern wie der deutschen Friedensverhandlungen in Paris verbessert werden, denn ein abgewandtes Staatswesen hat nicht genügend Friedensbedingungen heraus als ein durch Unruhen und Unordnung unverändert gebliebenes.

Die Preußentwahl.

Der Wahlausgang für Westpreußen hat am Sonntag das amtliche Ergebnis der Wahl für die preußenspezifische Preußische Versammlung bekannt. Es sieht so aus:

Table with 2 columns: Party and Votes. Includes Socialdemokraten, Christliche Volkspartei, etc.

Die Streiks in England.

Meuter meldet aus Belfast, daß die Arbeitgeber die streikenden Werftarbeiter in Kenntnis setzten, daß am Montag die Betriebe auf der Grundlage der 47 Stundenwoche eröffnet werden. Wenn die Leute nicht eintreten, wird eine Auslieferung von sechs Wochen verhängt werden.

Aus dem Streikgebiet. London, 1. Febr. (Meuter.) Eine an den Vorkriegszeit von Glasgow gerichtete, jede Vermittlung ablehnende Antwort der Regierung auf das Ultimatum der Streikenden wurde heute morgen förmlich den Leuten und den Führern bekanntgegeben.

Glasgow, 1. Febr. (Meuter.) Die Polizei machte gestern abend mehrere Festnahmen mit dem Ansehen, um die Wache vor dem Rathaus zu sichern. Streik wurden angewiesen, die Fenster wurden zertrümmert; später trat eine Revolution ein. Die Verhaftung der Mitglieder des Glasgow Districts beschloß auf einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, die Arbeiter am 6. Februar niederzuliegen und nicht wieder aufzustehen, bevor die vierstündige Arbeitswoche bewilligt ist.

Glasgow, 1. Febr. (Meuter.) Das schottische Newsbureau aus London wird gemeldet: Zwei Führer des Streiks in Glasgow wurden verhaftet. Die Stadt ist sehr unruhig. Die Polizei mußte mehrere Male einschreiten, viele Personen wurden verhaftet, mehrere verwundet.

Verhüteter Streit in New York. New York, 1. Febr. (Meuter.) Der drohende Streit von 40000 Weberarbeitern im Staate New York wurde dadurch verhindert, daß die Werksleitungen sich mit der Annahme einer 48-stündigen Arbeitszeit in der Woche einverstanden erklärten bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit durch den Arbeitsausschuß.

Politisches.

Es gibt Lebensmittel! Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Lebensmittelversorgung Deutschlands wurde auf der Pariser Konferenz dahin festgelegt, daß Deutschland vom 1. April an einen fünfprozentigen Zuschuß zu seinem noch fehlenden Mindestbedarf aus eigenem Gebiet erhält. Die Lebensmittelversorgung ab 1. August wurde weiterer Vereinbarung vorbehalten.

In den nächsten Tagen werden zwei Repräsentanten der englischen Regierung sich nach Berlin begeben und sich dort einige Zeit zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Lage aufhalten. Dann werden sich die Herren nach München.

Deutsch-französische Zollfrage.

Wie eine amtliche französische Mitteilung bekanntgibt, ist die Zollfrage zwischen Frankreich und Deutschland an die Grenze von 1870 verlegt worden. Vom 1. Februar an tritt der französische Zolltarif innerhalb dieser Grenze in Kraft. Die deutschen Zollbeamten, die noch im Dienste sind, werden sobald als möglich entlassen. Nach einem Abkommen mit der Schweiz wird die elbsächsische Grenze für den Verkehr mit der Schweiz von jetzt an geöffnet. Der Handelsverkehr mit Deutschland bleibt bestehen, soweit nicht besondere Ausnahmen angeordnet sind.

Die Sozialisierungskommission.

hatte, wie sie mittels, um eine Stellungnahme der Regierung zu der Forderung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes abgeben, wonach die Einhebung der Kommission ein unzulässiger Schritt gewesen sei, der wesentlich dazu beitragen habe, die Sozialisierungsarbeit zu erschweren und die Verantwortlichkeit anzuspornen. Daraufhin hat der Reichsausschuß die Forderung der Kommission unter dem 23. Januar namens der Reichsregierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Forderung des Reichsstaatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes nicht billigt. Es handelt sich jedoch ausschließlich um die private Meinung eines einzelnen.

Von weiteren Einbahnstrassen im Eisenbahnverkehr berichtet das Berliner Tagblatt. Bei dem Verkehr wurde am 10. Februar an nur noch auf Grund besonderer Zufallsfälle abgeändert.

Holz Luxemburg. Genossen der Reichsregierung in Berlin der Korrespondenz des Hamburger „Waldes“, daß Holz Luxemburg nicht so viel, sondern in einer, wenn die Holzpreise gestiegen werden, wird bestimmt verhindert, daß Holz Luxemburg so viel, wie es ist.

Wahlzwischenfall in Sachsen. Wie der „Volkswacht“ aus Leipzig berichtet wird, entschieden mehrere hundert vorläufige Wahlkämpfer, die die Wahlkämpfer des Reichsausschusses verhinderten, die Wahlkämpfer der Wahl und nahmen Wahlkarten und Urnen mit sich. Der Grund ist nach Angaben der Wahlkämpfer, daß eine Anzahl Urnen, die vorläufig in die Wahlkämpfer zurückgelassen, nicht in die Wahlkämpfer zurückgelassen werden.

Die Brandener Werkstätten, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, werden wegen Kohlenmangels auf 8 bis 14 Tage stillgelegt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden für den Lohnverlust entschädigt zu halten.

Was zu erwarten war. Die Nachricht, daß der Arbeiterstreik in England und Italien Arbeitgebern die sich weigern, die ihnen notwendigen Arbeitskräfte anzustellen, eine Verhängnis der Arbeiterschaft verhängt werden sollte, ist nach A. P. N. unzutreffend.

Parteinachrichten.

Danzigs neues Aktionsprogramm. In der Berliner „Freiheit“ vom Dienstag morgen veröffentlichte Hans-Jürgen Michlitsch für ein sozialdemokratisches Aktionsprogramm. Darin werden u. a. Streiks im allgemeinen als Zeitpunkt als höchst schädlich verworfen und vor einer Sozialisierung im Sandumdrücken gewarnt. Wenn die Unabhängige Partei Danzigs Aktionsprogramm annimmt, dann dürfte die Spaltung binnen kürzester Zeit überwunden werden können.

Kommunales.

Kommunalisierungsbestrebungen. Die Stadtverwaltung in Alerkahn beabsichtigt, die Beschaffung des Baumaterials an kommunalisieren. Zunächst soll eine Kommission ernannt und die Arbeiten an städtischer Hand betrieben werden.

